

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2021

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
Einigung über ESF+ und Stellungnahme der EU Alliance for Investing in Children.....	1
Konsultationen der EU-Kommission: Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und Gewalt an Frauen .....	1
EU-Kommission: Grünbuch und Konsultation zur alternden Gesellschaft .....	1
Ausschuss der Regionen: Stellungnahme zur Jugendgarantie .....	2
Europäisches Parlament: Entschließung zum angemessenen Wohnen.....	2
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Kinder klagen gegen EU-Mitgliedstaaten.....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>3</b>
Italien: Familien benötigen Unterstützung beim Homeschooling.....	3
Finnland: Empfehlungen zur Ausbildung im Bereich frühkindliche Erziehung .....	3
Frankreich: Referenzrahmen zur Bewertung der Situation von gefährdeten Kindern .....	3
Slowenien: Maßnahmen zur Überwindung der Coronakrise mit Leistungen für Familien.....	4
Schweden: Erhöhtes Budget zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen .....	4
Slowakei: Keine weitere Förderung für feministische Organisationen .....	4
Bulgarien: Lebenshaltungskosten für die Mehrheit der Bevölkerung zu hoch .....	4
Schweiz: Bundesrat lehnt nationale Strategie für die frühe Kindheit ab .....	4
Norwegen und Portugal: Richtlinien zur Partizipation von Kindern .....	5
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
UNICEF: Offener Brief zur Zukunft von Kindern nach Covid-19 .....	5
Safer Internet Day.....	5
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>6</b>
EU-Kommission: Bericht zu Unterschieden in der europäischen Demografie .....	6
ESPN: Sozialpolitische Entwicklungen in Dänemark, Estland, Serbien und der Türkei .....	6
Bericht über Ergebnisse der Umfrage zur EU-Kinderrechtsstrategie und Kindergarantie .....	7
UNICEF: Bericht zu Chancen und Risiken der Internetnutzung von Kindern .....	7
UNICEF: Ausblick zur Zukunft von Kindern weltweit.....	7
UNICEF: Zwei Berichte zur Ernährung von Kindern .....	8
Europäischer Rat: Sammlung von Berichten zur Coronakrise und dem Wiederaufbau.....	8
BAGSO: Themenheft über international Zusammenarbeit für die Rechte älterer Menschen .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>9</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### Einigung über ESF+ und Stellungnahme der EU Alliance for Investing in Children


Das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten haben sich über den Vorschlag der EU-Kommission für den Europäischen Sozialfonds+ (ESF+) für die Jahre 2021 bis 2027 geeinigt. Als ESF+ wird er neben den bisherigen Aufgaben des Sozialfonds verschiedene EU-Programme zur sozialen Sicherung und Integration zusammenfassen. Es gibt feste Vorgaben, wie viel Prozent der ESF+ Mittel die Mitgliedstaaten für verschiedene Ziele des Programms bereitstellen müssen. So sollen Mitgliedstaaten zum Beispiel Mittel für die Bekämpfung von Kinderarmut nutzen. In ihrer Stellungnahme begrüßt die EU Alliance for Investing in Children, dass ein Beschluss zum Europäischen Sozialfonds erstmalig eine feste Vorgabe zur Verwendung der Mittel gegen Kinderarmut enthält. Die zugrunde liegenden Statistiken zum Thema Armut und soziale Exklusion von Kindern müssten jedoch die Folgen der Covid-19-Pandemie einschließen und daher voraussichtlich mehr Mittel als bisher eingeplant werden müssten. Kritisiert wird zudem, dass im ESF+ kein direkter Bezug zur EU-Kindergarantie hergestellt wird.

- [Factsheet zum ESF+](#)
- [EU Alliance for Investing in Children statement on the ESF+ political agreement](#) 

### Konsultationen der EU-Kommission: Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und Gewalt an Frauen

Im Rahmen der EU-Strategie zur Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch arbeitet die EU-Kommission aktuell Gesetze für die Bekämpfung von sexuellem Missbrauch im Internet aus. Sie sollen effektiv gegen sexuellen Missbrauch und die Verbreitung entsprechender Inhalte im Internet vorgehen und zugleich Grundrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, den Schutz persönlicher Daten und die Rechte Betroffener wahren. In einer öffentlichen Konsultation ruft sie nun dazu auf, die geplanten Vorhaben zu kommentieren. Sie ist bis zum 15. April dieses Jahres geöffnet.

Auch zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen arbeitet die Kommission an EU-weit verbindlichen rechtlichen Maßnahmen. Bereits in der Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter aus dem vergangenen Jahr hatte die Kommission angekündigt, mehr Straftatbestände in diesem Bereich europaweit zu harmonisieren. In der Konsultation wird nun die Perspektive von Gleichstellungsbeauftragten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und interessierten Bürger:innen eingeholt. Neben einer verbesserten Strafverfolgung ist auch die Erarbeitung wirksamerer Präventionsangebote geplant. Außerdem findet aktuell ein sogenannter Fitness-Check statt, der die Wirksamkeit der bisherigen Gesetzgebung gegen Gewalt an Frauen evaluieren soll. Die Konsultation sowie das Feedback zum Fitness-Check sind bis zum 10. Mai geöffnet.

- [Konsultation zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch im Internet](#) 
- [Konsultation zur Bekämpfung geschlechtsbasierter Gewalt](#) 
- [Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt: Fitness-Check der EU-Gesetzgebung](#) 

### EU-Kommission: Grünbuch und Konsultation zur alternden Gesellschaft

Die EU-Kommission möchte eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Alterungsprozess der europäischen Gesellschaft anstoßen. Prognostiziert wird aktuell ein Anstieg der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren auf 30 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2070. Die Zahl der über Achtzigjährigen wird sich voraussichtlich

in dieser Zeit verdoppeln. Die EU-Kommission hat hierzu ein Grünbuch zum Thema Altern vorgelegt. Zu den dort dargestellten Herausforderungen und Potenziale zählen u. a. Fragen der Lebensführung für ein aktives Altern sowie des Ausbaus von Pflege- und Gesundheitsangeboten. Auch die Organisation von Erwerbsarbeit und Rente müsse auf die zu erwartende Bedarfe der Altersversorgung ausgerichtet werden. Zu den Vorschlägen des Grünbuchs können interessierte Bürger:innen in einer nun gestarteten öffentlichen Konsultation bis zum 21. April ihre Perspektive einbringen. Außerdem erhofft sich die Kommission weitere Rückmeldungen, welche Bedürfnisse Bürger:innen und Regionen zum Thema Altern haben.

- [Das Grünbuch Altern der EU-Kommission](#) 
- [Konsultation zum demografischen Wandel in der EU – Grünbuch zum Thema Altern](#) 

### Ausschuss der Regionen: Stellungnahme zur Jugendgarantie

Der Europäische Ausschuss der Regionen hat eine Stellungnahme zur geplanten Ausarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie veröffentlicht, in der er die wesentlichen Ziele der Jugendgarantie unterstützt. Die Stellungnahme schlägt jedoch die Ergänzung eines Schwerpunkts auf Sprachkompetenzen vor, da dies insbesondere in tourismusgeprägte Grenzregionen für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zentral sei. Im Aktionsplan müsse die Funktion der lokalen Verwaltung im Austausch mit Bildungseinrichtungen und Sozialpartnern und der regionalen Wirtschaft berücksichtigt werden. Kritisiert wird, dass der Anteil für die Jugendgarantie in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds nicht wesentlich erhöht worden sei. Es wird gefordert, die EU-Förderung für Jugendbeschäftigung wieder stärker regional auszurichten, um strukturschwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit gezielter unterstützen zu können.

- [Ausschuss der Regionen: Stellungnahme zur EU-Jugendgarantie](#)

### Europäisches Parlament: EntschlieÙung zum angemessenen Wohnen

Mit großer Mehrheit haben die Abgeordneten des EU-Parlaments eine EntschlieÙung angenommen, in der sie die EU-Institutionen aufrufen, das Grundrecht auf Wohnen für Menschen in der gesamten EU umzusetzen. Angemessene Wohnverhältnisse umfassten den Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen. Die EU müsse Richtlinien erlassen, die Mindeststandards für Gebäude formulieren, die als Wohnraum verwendet werden sollen. In der EntschlieÙung wird außerdem auf eine vergangene EntschlieÙung verwiesen, in der gefordert worden war, die Wohnungslosigkeit in der EU bis zum Jahr 2030 zu beenden. Die EU müsse durch Regelungen zum Aufschub von Räumungen eingreifen. Präventiv müssten außerdem die Preisentwicklung von Wohnraum reguliert werden und die Rechte von Mieter:innen gestärkt werden.

- [EU-Parlament: EntschlieÙung zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum](#) 
- [EU-Parlament: EntschlieÙung zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in der EU](#) 

### Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Kinder klagen gegen EU-Mitgliedstaaten

Eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen aus Portugal klagt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gegen die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie weitere europäische Staaten. Unter Berufung auf die Menschenrechte wollen sie die Staaten zu einer stärkeren Reduzierung der Treibhausgase verpflichten, sodass eine Erderwärmung von über 1,5 Grad vermieden wird. In Portugal ist der Klimawandel in Form von Hitzewellen und Waldbränden schon deutlich zu spüren. Der EGMR hat die Klage im Schnellverfahren angenommen und von

den beklagten Staaten bis zum November Stellungnahmen gefordert. Fridays for Future Deutschland und die Umweltorganisation Germanwatch unterstützen die Klage als Streithelfer.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

### Italien: Familien benötigen Unterstützung beim Homeschooling

UNICEF hat eine Studie zur Situation von Familien in Italien im Homeschooling während des Lockdowns durchgeführt. Die Schulen waren dort im vergangenen Jahr für 65 Tage geschlossen. Als eine der größten Herausforderungen für Familien im Homeschooling stellte sich in der Studie die Versorgung stabiler mit Internetverbindungen heraus. Drei Millionen Schüler:innen seien aufgrund fehlender stabiler Internetverbindung oder benötigter Geräte nicht erreicht worden. Auch bei Kindern, bei denen die technischen Voraussetzungen zur Teilnahme am Homeschooling erfüllt waren, sind während des Lockdowns Lücken im Lernstoff entstanden. Der Bericht empfiehlt, die Lernerfolge und Schwierigkeiten der Schüler:innen genau zu evaluieren, um gezielt Angebote entwickeln zu können, mit denen Schüler:innen verpassten Stoff wieder aufholen könnten. Empfohlen wird außerdem, einkommensschwache Familien und solche mit vielen Kindern mit zusätzlichen Geräten auszustatten, sodass alle Kinder am Homeschooling teilnehmen können. Außerdem müssten Eltern dabei unterstützt werden, den Lernerfolg ihrer Kinder im digitalen Unterricht zu fördern. Schulen sollten hierfür Informationen bereitstellen.

➤ [UNICEF Report Learning at a Distance](#) 

### Finnland: Empfehlungen zur Ausbildung im Bereich frühkindliche Erziehung

Das finnische Ministerium für Bildung und Kultur hat im Jahr 2019 das Forum zur Entwicklung der frühkindlichen Bildung geschaffen, um fundierte Empfehlungen zur Gestaltung der Ausbildung in erzieherischen Berufen von Expert:innen ausarbeiten zu lassen. Die Ergebnisse dieses Projekts sind nun erschienen. Die Ausbildung in erzieherischen Berufen solle an Universitäten stattfinden, um stetig an neue Forschungsergebnisse angebunden zu sein. Ebenso sollte die Ausbildung in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren aus der Praxis erfolgen, um beide relevanten Perspektiven zusammenzubringen. Ein Schwerpunkt der Empfehlungen liegt zudem auf der stetigen Weiterqualifizierung von Fachkräften in Form von Fortbildungen und Programmen zur Förderung der Selbstreflexion, z.B. über Mentoring.

### Frankreich: Referenzrahmen zur Bewertung der Situation von gefährdeten Kindern

Die oberste Gesundheitsbehörde Frankreichs hat erstmalig einen nationalen Referenzrahmen erstellt, der Fachkräften die Bewertung der Situation von Kindern ermöglichen soll, bei denen Gewalt, Missbrauch oder Vernachlässigung vermutet werden. Die Behörde berichtet von im Jahr 2020 deutlich gestiegenen Zahlen von Gewalt in Familien: 52.000 Fälle von Gewalt an Kindern und 27.000 Meldungen von sexueller Gewalt. Es sei davon auszugehen, dass weiterhin ein großes Dunkelfeld bestehe. Der neue Referenzrahmen soll Fachkräfte für die Anzeichen von Gewalt und Vernachlässigung sensibilisieren und einen landesweit hohen Standard für den Schutz von Kindern in gefährdeten Situationen garantieren. Erstellt wurde ein Leitfaden für Fachkräfte, der konkrete Anzeichen von Kindeswohlgefährdung und Strategien im Umgang enthält. Ein weiterer Leitfaden zeigt auf, wie die Best Practices des Referenzrahmens in Einrichtungen eingeführt und ihre Einhaltung überprüft werden kann.

## Slowenien: Maßnahmen zur Überwindung der Coronakrise mit Leistungen für Familien

Zur Bewältigung der sozioökonomischen Folgen der Covid-19-Pandemie hat Slowenien im Dezember letzten Jahres ein Paket mit Hilfen für die Wirtschaft und speziellen Sozialleistungen für krisengetroffene Bürger:innen beschlossen. Neben erweiterten Regelungen zum Kurzarbeitergeld wurden Solidaritätszahlungen für verschiedene Gruppen wie Renter:innen, Studierende, Geringverdiener:innen und Familien geschaffen. Familien erhalten eine Sonderzahlung von 50 Euro für jedes Kind unter 18 Jahren. In Slowenien richtet sich der Anspruch und die Höhe des Kindergelds nach dem Einkommen der Eltern. In acht Stufen für verschiedene Einkommensklassen wird das Kindergeld für Familien bis zu einem durchschnittlichen Einkommen von 1050 Euro pro Person gezahlt. Für Familien, die diese Zahlung bereits erhalten, wird sie um 100 Euro erhöht. Die jährliche Zahlung für kinderreiche Familien wird um 100 Euro ab drei Kindern auf 504 Euro und um 200 Euro ab vier Kindern auf 691 Euro erhöht.

## Schweden: Erhöhtes Budget zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen

Im Haushalt für das Jahr 2021 hat Schweden einen erhöhten Betrag von 240 Mio. schwedischen Kronen (ca. 24 Mio. Euro) zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen bereitgestellt. Zudem wurden 130 Mio. schwedische Kronen für die Bekämpfung auf regionaler und lokaler Ebene vorgesehen. Geplant sind die weitere Ausarbeitung von Schutzmöglichkeiten für Frauen im Rahmen des Gesundheitssystems und der sozialen Dienste. Außerdem soll die Telefonberatung für Betroffene von Beziehungsgewalt ausgebaut werden. Einen Schwerpunkt bildet der Bereich „ehrbezogener“ Gewalttaten gegen Frauen. Hierfür sind Informationskampagnen, Workshops für Jungen und Männer zur Prävention sowie die erleichterte Identifikation Betroffener durch die Migrationsbehörde geplant.

## Slowakei: Keine weitere Förderung für feministische Organisationen

Das slowakische Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie hat bekanntgegeben, keine finanziellen Mittel mehr an feministische Organisationen zu vergeben. Die Entscheidung wird damit begründet, dass es in der Vergangenheit eine übertriebene Finanzierung feministischer Organisationen gegeben habe, die nun wieder ausgeglichen werden müsse. Stattdessen sollen verschiedene sogenannte „Lebensschützer“-Organisationen gefördert werden, die sich vor allem gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche einsetzen. Diese Mittel stammen aus einem im März 2020 gestarteten Programm zur Finanzierung der Gleichstellung der Geschlechter, das nun allerdings in Programm zur Gleichstellung von Männern und Frauen umbenannt wurde.

## Bulgarien: Lebenshaltungskosten für die Mehrheit der Bevölkerung zu hoch

Der bulgarische Verband unabhängiger Gewerkschaften hat seinen Jahresbericht 2020 veröffentlicht. Demnach liegen die Lebenshaltungskosten in Bulgarien bei monatlich 1.300 Euro für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern. 65 Prozent der Bevölkerung könnten ihre monatlichen Kosten nicht aufbringen. 22 Prozent der Haushalte verfügten über 185 Euro pro Haushaltsmitglied und lebten damit unter der absoluten Armutsgrenze. Der durchschnittliche Mindestlohn in Bulgarien betrage 2,40 Euro (EU-Durchschnitt: 13,20 Euro). Durch die Covid-19-Pandemie seien der Durchschnittslohn und die Beschäftigung weiter zurückgegangen.

## Schweiz: Bundesrat lehnt nationale Strategie für die frühe Kindheit ab

Der Bundesrat der Schweiz hat einen Bericht veröffentlicht, in dem er die frühkindliche Förderung zwar als zentrales gesellschaftspolitisches Handlungsfeld ansieht, jedoch keinen nationalen Handlungsbedarf sieht, da alle

politischen Aufgaben, die die frühe Kindheit betreffen, in kantonaler und kommunaler Zuständigkeit ausreichend geregelt seien. Auf der nationalen Ebene könne die Koordination verbessert, Austausch zwischen kantonalen Akteur:innen gefördert und die Datenlage erweitert werden. Damit reagiert der Bundesrat auf Postulate der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur und eines einzelnen Ratsmitglieds, in denen der Entwurf einer nationalen Strategie zur frühen Förderung in der Schweiz gefordert worden war. Der Bundesrat ist verpflichtet, die Notwendigkeit eines Gesetzentwurfs zu prüfen und seine Entscheidung in einem Bericht zu begründen, wenn ein sogenanntes Postulat eingereicht wird. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren diese Position und fordern eine nationale Strategie, um Chancengleichheit für alle Kinder in der Schweiz zu gewährleisten.

### Norwegen und Portugal: Richtlinien zur Partizipation von Kindern

Die Stadt Oslo und die portugiesische Kommission für Kinderschutz haben in Zusammenarbeit einen Ratgeber mit Good Practices zu Praktiken der Partizipation von Kindern und ein Glossar zur Beteiligung von Kindern in gefährdeten Kontexten erstellt. Der Ratgeber richtet sich an Fachkräfte in der Frühförderung und im Sport. Das Glossar wurde mit Expert:innen und unter Mitarbeit von Kindern erarbeitet. Darin werden die Prinzipien von Sicherheit, Liebe und Verständnis aus der norwegischen Sozialgesetzgebung mit dem Ansatz zur Kinderbeteiligung aus der portugiesischen Strategie für die Rechte des Kindes zusammengebracht. Es gliedert sich in die fünf Säulen Förderung von Kindeswohl und Gleichberechtigung für alle Kinder, Unterstützung der Eltern, Zugang zu Information und Partizipation, Gewaltprävention und Gewaltschutz sowie Verbreitung von Wissen zu Kinderrechten.

- [Referential of Good Practices for Enhancing Child Participation](#) 
- [Thematic Glossary of Child Protection Systems and of the Promotion of Children's Rights](#) 

## Weitere Nachrichten

---

### UNICEF: Offener Brief zur Zukunft von Kindern nach Covid-19

In einem offenen Brief wendet sich UNICEF an die internationale Gemeinschaft und fordert entschlossenes Handeln, um die Zukunft von Kindern nach der Covid-19 Pandemie positiv zu gestalten. Es wird darauf hingewiesen, dass die Krise in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährung drastische Auswirkungen hat. Bereits vor der Pandemie seien diese Grundrechte von Kindern weltweit nicht erfüllt worden. Die Krise müsse als Anlass zum entschlossenen politischen Handeln für die Zukunft von Kindern genommen werden. Aktuell seien der Kampf gegen Desinformationen zum Thema Impfung, die Verringerung digitaler Ungleichheiten als Voraussetzung zum Homeschooling, ein Fokus auf die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Ungleichheiten im materiellen Bereich und in der sozialen Teilhabe und der Klimawandel die zentralen Herausforderungen.

- [UNICEF: Offener Brief "Five opportunities for children we must seize now"](#) 

### Safer Internet Day

Zum 18. Mal wurde in diesem Jahr am 9. Februar weltweit der Safer Internet Day begangen. Als EU-Initiative entstanden, erreicht der Aktionstag inzwischen ca. 170 Länder weltweit. Unter dem Motto „Zusammen für ein besseres Internet“ wurden Organisationen, Eltern, Lehrer und andere Interessierte aufgefordert, sich an der



Kampagne zu beteiligen. Auf Social Media wurde unter dem Hashtag #SaferInternetDay zu Diskussionen aufgerufen, wie das Ziel eines sicheren Internets für Kinder und Jugendliche erreicht werden kann. In Deutschland setzt Klicksafe die EU-Initiative für mehr Sicherheit im Internet um. COFACE Families Europe weist anlässlich des Safer Internet Days darauf hin, dass die Armut und Exklusion von Familien und Kindern auch den digitalen Bereich umfasst: So wuchsen EU-weit durchschnittlich 5 Prozent der Kinder in Haushalten ohne Internetanschluss auf. Dieser Anteil variierte im Ländervergleich stark: Während in Rumänien 23,5 Prozent der Kinder in digitaler Deprivation aufwachsen, seien es in Norwegen und Finnland nur rund ein Prozent.

- [Safer Internet Day](#) 
- [COFACE Stellungnahme zu digitaler Deprivation](#) 

## Berichte und Studien

---

### EU-Kommission: Bericht zu Unterschieden in der europäischen Demografie

Die EU-Kommission hat einen detaillierten Bericht zu demografischen Unterschieden in der EU veröffentlicht: Statt wie üblich auf Länderebene zu vergleichen, werden die Bevölkerung und der Wandel ihrer Zusammensetzung hier bis auf die Ebene einzelner Stadtviertel verglichen. Diese detaillierte Aufschlüsselung der Daten zeigt, dass die Alterung der Bevölkerung in einzelnen Regionen weitaus stärker voranschreitet als im Durchschnitt. Sie hängt mit der Abwanderung junger Menschen aus strukturschwachen ländlichen Regionen zusammen, die zur Arbeit oder zum Studium in Städte oder wirtschaftlich stabilere ländliche Regionen ziehen. Der Bericht soll einen Beitrag dazu leisten, sozioökonomische Entwicklungen in Europa auf lokaler Ebene zu analysieren und damit die Bedarfe zur Steuerung zu prognostizieren. Im Bereich der EU-Kohäsionspolitik ist geplant, von Landflucht betroffene Regionen gezielt so zu unterstützen, dass sie für die Bevölkerung attraktiver werden.

- [Bericht "The Demographic Landscape of EU Territories"](#)  

### ESPN: Sozialpolitische Entwicklungen in Dänemark, Estland, Serbien und der Türkei

Das European Social Policy Network (ESPN) hat vier Kurzberichte über sozialpolitische Entwicklungen in Dänemark, Estland, Serbien und der Türkei veröffentlicht. In Dänemark sei das im Jahr 2011 abgeschaffte Recht auf Frührente wieder eingeführt worden, womit die Frührente künftig wieder für Arbeitnehmer:innen ermöglicht werde, die mindestens 42 Jahre gearbeitet haben. Der Kurzbericht über Estland behandelt die neue Regelung, nach der Arbeitslose kurzfristige Beschäftigungen annehmen dürfen, während sie Arbeitslosengeld erhalten. Auch bei einer Teilarbeitslosigkeit von Personen ist in Zukunft der Bezug von Arbeitslosengeld möglich. In Serbien steht die Besteuerung und Sozialversicherung sogenannter Platform Workers in der Diskussion. Sie haben sich in einer „Association of internet workers“ zusammengeschlossen und fordern eine Anpassung der Sozialversicherung die häufig schwankenden und geringen Einkommen abzusichern. Außerdem weisen sie auf eine unverhältnismäßig hohe Besteuerung hin. Die türkische Regierung hat mit zwei neuen Gesetzentwürfen versucht, die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die neuen Gesetze sollten die Rechtsansprüche auf Abfindungszahlungen verringern und für Beschäftigte unter 25 und über 50 Jahren die Möglichkeiten für befristete Beschäftigung ausweiten. Nach Protesten von Gewerkschaften wurden die Entwürfe zunächst zurückgezogen.

- [ESPN: Recent social policy developments in Denmark, Estonia, Serbia and Turkey](#) 

## Bericht über Ergebnisse der Umfrage zur EU-Kinderrechtsstrategie und Kindergarantie

Die Kinderrechtsorganisationen Eurochild, Save the Children, UNICEF, Child Fund Alliance und World Vision haben in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission eine Online-Umfrage und Konsultationen mit 10.000 Kindern zwischen 11 und 17 Jahren zur Umsetzung der Kinderrechte durchgeführt. Aus den nun veröffentlichten Ergebnissen („Our Europe, Our Rights, Our Future“) geht hervor, dass jedes fünfte Kind in der EU sich Sorgen um die Zukunft macht. Über den Klimawandel und seine Folgen sind knapp 90 Prozent der Befragten informiert. Beinahe jedes zehnte Kind gab an, unter psychischen Problemen wie Ängsten und Depressionen zu leiden. Ein Drittel erlebt Diskriminierung und Ausgrenzung, bei Kindern mit Migrationshintergrund, Behinderungen oder Angehörigen von Minderheiten sowie LGBTQ+ lag dieser Anteil bei 50 Prozent. Obwohl sich ein Großteil der Befragten in der Schule wohl fühlt, gibt ein Großteil von 80 Prozent der 17-Jährigen an, dass die Schulbildung sie nicht gut auf die Zukunft vorbereite. Unter allen Befragten wünschen sich über 50 Prozent einen Interessanteren Unterricht.

- [Bericht "Our Europe, Our Rights, Our Future"](#)  

## UNICEF: Bericht zu Chancen und Risiken der Internetnutzung von Kindern

Das UNICEF Forschungsbüro Innocenti hat einen Bericht mit aktuellen Ergebnissen zu den Risiken und Chancen für die Entwicklung und das Wohlbefinden von Kindern in ihrer Internetnutzung zusammengestellt. Ziel des Berichts ist es, Wege für eine sichere und bereichernde Internetnutzung von Kindern zu identifizieren. Als positive Effekte wurden der unabhängige Zugang zu Informationen und verschiedenen Perspektiven aufgeführt. Auch auf die mentale Gesundheit kann die Internetnutzung von Kindern sich positiv auswirken, wenn sie sich in Online-Communities über Probleme austauschen und Unterstützung erfahren. Risiken in der Internetnutzung bestehen in der Konfrontation mit nicht altersgerechten sexuellen Inhalten, Darstellungen von Gewalt sowie Mobbing im Internet. Nicht die Dauer, sondern die Art der Internetnutzung sei ein Risiko für den schädigenden Einfluss des Internets auf Kinder. So seien Kinder mit typischen Risikofaktoren für ein geringes Wohlbefinden auch im Internet verletzbarer für schädigende Inhalte. Z.B. würden Kinder, die Gewalt erfahren, auch im Internet wahrscheinlicher mit gewaltsamen und pornografischen Inhalten konfrontiert.

- [Investigating Risks and Opportunities for Children in a Digital World](#)  

## UNICEF: Ausblick zur Zukunft von Kindern weltweit

UNICEF hat einen Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung 2030 und Prognosen für die Entwicklung der Situation von Kindern weltweit bis zum Jahr 2025 herausgegeben. Die hauptsächlichen Herausforderungen werden in der Covid-19-Pandemie und ihren Folgen, dem Klimawandel, antidemokratischen Tendenzen und der Krise des Multilateralismus gesehen. Besonders problematisch erscheinen die ungleichen Möglichkeiten der Erholung von der Coronakrise, da Impfstoffe zuerst in entwickelten Ländern zu Verfügung stehen und die staatliche Unterstützung für Wirtschaft und Bevölkerung nicht in allen Weltregionen gewährleistet ist. Auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit und Entwicklung von Kindern wird sich voraussichtlich in den Ländern des globalen Südens in den kommenden fünf Jahren deutlicher zeigen. Diese Ungleichheiten treffen ebenso auf die Versorgung mit digitaler Technologie zu. Das politische Engagement von jungen Menschen und die Geschwindigkeit von Innovation, die sich besonders in der Covid-19-Pandemie gezeigt habe, führt der Bericht als positive Trends auf.

- [UNICEF: Prospects for children. A global outlook](#)  



## UNICEF: Zwei Berichte zur Ernährung von Kindern

UNICEF hat zwei Berichte zur Versorgung von Kindern mit ausreichend Nahrung veröffentlicht. Die UNICEF Nutrition Strategy 2020-2030 steht unter der Überschrift „Ernährung für jedes Kind“. Sie soll Regierungen und andere Organisationen dabei unterstützen, das Recht von Kindern auf ausreichende Ernährung umzusetzen und Hunger und Mangelernährung von Kindern zu beenden. Aktuell sind weltweit ein Drittel der Kinder von so starker Mangelernährung betroffen, dass ihre Entwicklung dadurch eingeschränkt wird. Die Erfolge der letzten zwanzig Jahre zeigen, dass eine Zukunft ohne Mangelernährung von Kindern möglich sei: Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Kinder, die aufgrund von Hunger unter Wachstumsstörungen leiden, um ein Drittel (ca. 55 Millionen) gesunken. Die aktuelle Strategie von UNICEF setzt auf einen umfassenden Ansatz, der die Ernährung von Schwangeren, Müttern und Kindern einbezieht und die Zusammenarbeit staatlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Akteure vorschlägt. Der Bericht „Covid-19: Missing More Than a Classroom“ weist auf die Auswirkungen der Pandemie auf die Versorgung von Kindern mit Schulesen hin. Im bisherigen Verlauf der Pandemie seien ca. 1,6 Milliarden Lernende von Schulschließungen betroffen gewesen. Von den 199 Ländern, in denen Schulschließungen zur Bekämpfung von Covid-19 eingesetzt wurden, haben in 150 Ländern beinahe 370 Millionen Kinder während dieser Zeit kein Schulesen erhalten.

- [Nutrition, for Every Child. UNICEF Nutrition Strategy 2020-2030](#)  
- [COVID-19: Missing More Than a Classroom. The impact of school closures on children's nutrition](#)  

## Europäischer Rat: Sammlung von Berichten zur Coronakrise und dem Wiederaufbau

Auf dem Blog des Europäischen Rates wurde eine Sammlung von Berichten verschiedener Organisationen zu den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie und der Erholung von der Krise veröffentlicht. Aufgeführt werden Publikationen seit März 2020, die Sammlung wird regelmäßig aktualisiert. Die Themen der aufgeführten Berichte umfassen z.B. die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeitswelt, Einstellungen von EU-Bürger:innen zur EU-Krisenbewältigung, Bürger:innenbeteiligung während der Pandemie, die Verbreitung von Verschwörungsideologien und die Auswirkungen von Covid-19 auf Migrationsbewegungen.

- [Think Tanks' reports on COVID-19 and the recovery fund](#) 

## BAGSO: Themenheft über internationale Zusammenarbeit für die Rechte älterer Menschen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen bagso hat ein Themenheft über internationale Kooperationen für die Rechte älterer Menschen in der Covid-19-Pandemie veröffentlicht. Darin wird die besondere Rolle älterer Menschen in der Pandemie dargestellt: Als besonders schutzbedürftige Gruppe standen sie im Zentrum öffentlicher Diskussionen und waren am stärksten von Isolation betroffen. Die Coronakrise habe auf die Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit hingewiesen: So seien in nationale Strategien Erfahrungen aus Ländern eingeflossen, die als erstes stark von der Pandemie betroffen waren. Auch im Bereich der Seniorenorganisationen werde der internationale Austausch immer wichtiger. Im Themenheft vorgestellt werden die Förderprogramme der EU für die internationale Seniorenarbeit und die Aktivitäten der europäischen Interessenvertretung AGE Platform Europe zur Umsetzung der Menschenrechte Älterer auf EU-Ebene. In einem Ausblick wird die gegenwärtige Coronakrise als Chance angesehen, die Situation älterer Menschen stärker ins Zentrum gesellschaftlicher Debatten zu bringen.

- [BAGSO: Über Grenzen hinweg aktiv](#) 



## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
01.-05. März 2021 Online	<a href="#">Civil Society Days 2021 - A Sustainable Recovery for the Future of Europe's Citizens</a>	European Economic and Social Committee
09. März 2021 Online	<a href="#">Policy&amp;advocacy session on gender inequalities in care and pay in the EU</a>	COFACE Families Europe
10. März 2021 Online	<a href="#">Youth Forum Meeting on the European Youth Work Agenda</a>	<a href="#">European Youth Forum</a>
16. März 2021 Online	<a href="#">Breakfast Bytes Webinar Series: Loving long-distance</a>	COFACE Families Europe
22.-24. März 2021 Online	<a href="#">9. Berliner Demografie-Forum</a>	Berliner Demografie Forum
07.-08. April 2021 Online	<a href="#">ECOSOC Youth Forum 2021</a>	United Nations Economic and Social Council
13. April 2021 Online	<a href="#">Breakfast Bytes Webinar-Series: Preventing Bullying</a>	COFACE Families Europe

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

